GROSSRAT KOMPAKT

Neuer Staatsanwalt

Nach dem Rückzug von Sarah Salamin als Kandidatin für den Posten der Staatsanwältin war die Wahl von Grégoire Comtesse gestern Morgen eine Formsache. Die Juristin hat eine Aufgabe beim Bundesamt für Verkehr (BAV) übernommen. Comtesse war von der Justizkommission vorgeschlagen worden. Serge Métrailler (CVPM), Präsident der Justizkommission, reagierte leicht genervt, dass der Rückzug von Salamin am Wahltag bereits im «Nouvelliste» und im «Walliser Boten» vermeldet wurde und er vom Verzicht Salamins aus den Zeitungen erfuhr…

Handbremse beim Heimfall?

German Eyer (Linksallianz) wollte wissen, ob man aufgrund der Überkapazitäten auf dem internationalen Strommarkt das Moratorium in Bezug auf den Heimfall der Wasserkraft nicht um zwei Jahre verlängern könne. Das entsprechende Dekret trat am 7. März 2012 in Kraft und dauert drei Jahre. Laut Staatsrat Melly, der Energieminister Cina vertrat, kläre man das ab. Falls notwendig, sei eine Verlängerung möglich.

Ohne Nachforderungen

Die Aufteilung der Finanzierung der Pflegeheime wurde für 2012 gemäss dem neuen Gesetz angepasst. Doch das Gesetz ist wegen des Referendums immer noch nicht in Kraft. Im November wird das Parlament über die Gültigkeit des Referendums entscheiden müssen. Die Finanzierung der Pflegeheime ging für die letzten drei Jahre zulasten des Kantons. Die FDP/Liberalen wollten wissen, ob die Gemeinden mit Nachbelastungen rechnen müssen. Staatsrätin Esther Waeber-Kalbermatten bestätigte, dass die Altersheime und die Gemeinden rückwirkend nicht belastet würden.

Die Sorgen der Lehrerschaft

Im Monat August haben die Lehrkräfte vom Departementsvorsteher für Bildung und Sicherheit einen Fragebogen erhalten.
Andreas Zenklusen (CVPO) wollte wissen, ob der Fragebogen den Standards einer wissenschaftlich fundierten Mitarbeiterbefragung standhalte. Laut Staatsrat Freysinger war der Fragebogen rein politischer Natur. Aus Kostengründen habe man auf ein professionelles Befragen verzichtet. Insgesamt gingen 3262 Rückmeldungen ein. Die Antworten werden ausgewertet und Ende November publiziert. «Dann kennen wir die Sorgen und Nöte der Lehrer und Schuldirektionen», gab sich Freysinger überzeugt.

Grosser Rat | Bekommt das Oberwallis vom GNW nicht, was man versprochen hat?

«Alle drei Regionen gleich behandeln»

SITTEN | Wie beim Campus Valais Wallis fühlt sich das Oberwallis auch beim GNW nicht korrekt behandelt. Versprochene Leistungen seien nicht ins Oberwallis verschoben worden.

Dauerthema. Gesundheitsministerin Esther Waeber-Kalbermatten musste wie ihr Vorgänger Maurice Tornay zu einer Reihe von Vorstössen zu den Themen GNW und Ärzte Stellung nehmen. FOTO WB

Dass der Graben im Parlament zwischen dem Ober- und Unterwallis nicht kleiner wird, zeigten diverse Interventionen am gestrigen letzten Sessionstag, insbesondere auch im Gesundheitsbereich. So forderte die CVPO-Fraktion in einem Postulat «GNW – regionale Wirtschaftlichkeit unter der Lupe» eine Offenlegung der Wirtschaftlichkeit innerhalb der verschiedenen Regionen. Der Staatsrat empfahl die Annahme. Die Ausgangslage hat sich inzwischen auch verändert. Ab dem 1. Januar 2014 wird das GNW ausweisen, wie wirtschaftlich die einzelnen Spitalstandorte im Wallis arbeiten.

Im Oberwallis ist nichts geplant

In einem Postulat fragten Philipp Matthias Bregy (CVPO), Patrick Hildbrand (SVPO) und Niklaus Furger (CVPO) an, wo das Oberwallis bei den standortübergreifenden Leistungen bleibe. Der Staatsrat habe im Juni 2012 dem GNW den Auftrag erteilt, in Martinach eine Sterilisationszentrale zu bauen, die dem gesamten Gesundheitsnetz Wallis und dem künftigen Spital Riviera-Chablais (HRC) zur Verfügung stehen wird. Im Weiteren hätten im Rahmen der Gespräche mit den Gemeinden Brig, Naters und Visp die Verantwortlichen vom Spital Wallis über die zur Diskussion stehende Ansiedlung von administrativen Aufgaben nach Siders informiert. Zudem werden im Spital Sitten die zentralisierten medizinischen Disziplinen angeboten. «Auf Nachfrage informierten die Verantwortlichen vom Spital Wallis am 30. April 2013, dass für die Region Oberwallis noch keine standortübergreifenden Dienstleistungen vorgesehen sind. Das ist inakzeptabel. Man muss alle drei Regionen gleich behandeln», begründeten die Postulanten.

Philippe Nantermod (FDP/Liberale) bekämpfte das Postulat. Nicht regionale, sondern wirtschaftliche Überlegungen seien massgebend. Auch Jean-Henri Dumont (Linksallianz) konnte das Postulat nicht unterstützen. Das Oberwallis treibe es mit dem Regionalismus zu weit: «Die Politik kann sich nicht in den Betrieb des Spitals einmischen.» Philipp Matthias Bregy (CVPO) warf den Gegnern Scheinheiligkeit vor. Mit 52 Ja gegen 57 Nein und fünf Enthaltungen wurde das Postulat abgelehnt.

Die CVP Mittelwallis wollte wissen, wie man den Ärztemangel in den Bergregionen bekämpfen will. Laut Staatsrätin Esther Waeber-Kalbermatten sind Gesundheitszentren eine Antwort auf die Probleme bei den Hausärzten. Es gibt parallel dazu das Projekt der Assistenz bei einem Hausarzt. Der Staatsrat wird demnächst über ein Pilotprojekt im Oberwallis informieren. Es ist derzeit das einzige Projekt im Kanton. **hbi**

Nur eine Dringlichkeit

In der Juni-Session übertrumpften sich die Abgeordneten gegenseitig mit Dringlichkeiten. Diesmal stand nur eine auf der Traktandenliste. Und da ging es um einen Hackerangriff im Genfer E-Voting-System. Der Kanton Wallis will das gleiche System anschaffen. Noch ist aber laut Maurice Tornay nichts unterschrieben.

Dass nur ein dringlicher Vorstoss zur Debatte stand, hatte seine Gründe. Man hat die Kriterien für die Zulassung, also Aktualität des Ereignisses, Unvorhersehbarkeit und Notwendigkeit einer umgehenden Reaktion, rigoros angewandt. 16 Dringlichkeiten schafften es damit zum Ärger fast aller Fraktionen nicht auf die Liste.

Schliessung der Menrad AG

Die Menrad Schweiz AG schliesst per Ende dieses Jahres ihre Produktionsstätte in Agarn. Die CSPO-Abgeordneten German Gruber und Philipp Schnyder wollten von der Regierung Auskunft. Der Staatsrat hat von der Schliessung über die Medien erfahren. Ziel sei es, eine Lösung für jeden Angestellten zu finden. Acht Mitarbeiter sind betroffen. Es gibt keinen Sozialplan, weil es keine Massenentlassung ist. Die Direktion hilft aktiv bei der Lösung mit. Melly bedauerte, dass die Schliessung dadurch beschleunigt wird, weil die Schweizer Armee ihre Kampfbrillen im Ausland beschafft.

Ja zur PdG

Marcel Zenhäusern (CVPO) bereitet das künftige Armeebudget Sorge. Damit ist auch die Durchführung der Patrouille des Glaciers gefährdet. Staatsrat Oskar Freysinger bekräftigte, dass man hinter dem Anlass stehe und mit dem VBS über finanzielle Möglichkeiten diskutiere. **hbi**

Grossratsbüro | Die Parteien sollen aufgrund ihrer effektiven Stärke im Ratsbüro vertreten sein

Ein Radikaler Angriff auf die CVP

SITTEN | Die CVP soll die Mehrheit im Grossratsbüro abgeben. Ein entsprechendes Postulat der Radikalen wurde vom Parlament gestern überwiesen.

Angriff auf die CVP. Philippe Nantermod (FDP/Liberale) kam mit seiner Motion, der CVP die Mehrheit im Ratsbüro zu nehmen, knapp durch. FOTO WB

Darin verlangte Philippe Nantermod (FDP/Liberale) «ein repräsentatives Grossratsbüro». Die Wahlen vom 3. März 2013 hätten tiefe Spuren in der Walliser Politiklandschaft hinterlassen: «Es ist das Ende der absoluten Mehrheit für eine politische Familie. Es gibt ein neues politisches Gleichgewicht im Grossen Rat.»

Die Aufteilung der Stimmen im Büro des Grossen Rates entspreche aber leider nicht dieser neuen Realität und die Taktik zur Aufteilung der Fraktionen zwischen Unter-, Mittel- und Oberwallis trage dazu bei, gewissen politischen Gruppierungen künstlich mehr Gewicht zu verleihen. Der Vorwurf richtete sich an die CVP, die vier Fraktionen im Parlament bildet. Im Grossratsbüro sind alle acht Fraktionen und die drei Präsidenten vertreten. Damit hat die CVP derzeit mit sechs von elf Mandaten die Mehrheit.

Im Bestreben, eine ausgewogene Vertretung innerhalb des Büros des Grossen Rates zu gewährleisten, schlug Nantermod eine Gewichtung der Stimmen der Mitglieder des Büros im Verhältnis zur tatsächlichen Parteistärke vor. «Jede Stimme soll eben gleich viel zählen», forderte Nantermod. Die heutige Zusammensetzung des Büros sei vom Parlament beschlossen, entgegnete Jean-Luc Addor (SVPU). Marylène Volpi Fournier (Grüne) kritisierte, dass die Mehr- und die Minderheiten immer nur auf die eigenen Bedürfnisse Rücksicht nehmen. Die Grünen sind gar nicht vertreten im Büro, da sie nicht Fraktionsstärke haben.

Nantermod habe recht, betonte German Eyer (Linksallianz). Die Zusammensetzung entspreche nicht mehr der Parteistärke. Vielleicht, so Eyer, müsste man aber noch nach intelligenteren Lösungen suchen. Dies wird nun Aufgabe des Grossratsbüros sein. Denn mit 60 Ja gegen 55 Nein und bei sieben Enthaltungen wurde das Postulat akzeptiert.

Auch über die Resolutionen diskutieren

Die Linksallianz, die CVP Mittelwallis und die FDP/Liberalen setzten sich in einer Motion für «demokratischere Resolutionen» ein. Die Motionäre verlangten, dass immer, wenn eine Resolution im Grossen Rat bekämpft wird, eine allgemeine Diskussion eröffnet wird, wie das für eine Motion oder ein Postulat der Fall ist. Das Büro des Grossen Rates pflichtete den Motionären in der Antwort bei, dass das Verfahren zur Abwicklung einer Resolution unbefriedigend ist. Es will die Resolution grundsätzlich überdenken und neu regeln. Das Büro hat deshalb beschlossen, eine Änderung des Gesetzes und des Reglements an die Hand zu nehmen. Mit 56 Nein gegen 53 Ja und drei Enthaltungen wurde die Motion, wie vom Büro empfohlen, abgelehnt. **hbi**